

Mitteilung

der Landesregierung

Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW)

Schreiben des Staatsministeriums vom 12. Oktober 2016 Nr.: IV-1016.4/78:

Unter Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) übersende ich Ihnen beigefügt den jährlichen Bericht.

Schopper
Staatssekretärin

Bericht

Nach Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) ist der Landtag regelmäßig über die Arbeit und Beschlüsse des in dem Gesetz unter Artikel 2 Absatz 1 geschaffenen Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg zu unterrichten.

In Abstimmung mit dem Landtag soll der Bericht jährlich erfolgen.

Der nachfolgende Bericht bezieht sich auf die Zeit vom 1. August 2015 bis 31. Juli 2016.

1. Gründung, Sitzungen und Zusammensetzung des Rates

Am 1. Januar 2014 trat der Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (im Folgenden: Staatsvertrag) in Kraft. Neben dem Grundsatz, die nationale Minderheit der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg zu schützen und zu fördern, wurde auch die finanzielle Förderung des VDSR-BW mit jährlich 500.000 Euro festgelegt. Darüber hinaus wurde die Einrichtung eines Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg (im Folgenden: Rat) beschlossen, welcher die Aufgabe hat, die Angelegenheiten der Sinti und Roma in Baden-Württemberg zu erörtern, Projekt- und Fördermaßnahmen nach Artikel 1 des Vertrages zu beraten und entsprechende Empfehlungen an Landesregierung und Landtag zu richten sowie den Landtag regelmäßig über Arbeit und Beschlüsse des Rates zu unterrichten. Der Rat tagt in der Regel zweimal im Jahr.

Koordinator des Rates war zunächst der Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Klaus-Peter Murawski. Diese Position übernimmt nun Frau Staatssekretärin Theresa Schopper. Daneben besteht der Rat aus Vertretern des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Ministeriums für Soziales und Integration, des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, des Landtags und der kommunalen Landesverbände sowie der gleichen Anzahl von Vertretern der deutschen Sinti und Roma.

2. Überblick über die Arbeit des VDSR-BW nach dem Jahresbericht 2015

Der VDSR-BW berichtet dem Rat regelmäßig über seine Arbeit und hat einen Jahresbericht für 2015 vorgelegt.

Politik und Gesellschaft

Angehörige der nationalen Minderheit der Sinti und Roma leben in ganz Baden-Württemberg verteilt. Schätzungen des VDSR-BW zufolge sind es etwa 12.000 Personen. Die Angehörigen der nationalen Minderheiten sprechen und verstehen in der Regel sowohl ihre Heimatsprache Deutsch als auch ihre Muttersprache Romanes, die zu den nach der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützten Sprachen gehört. Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2015 im Bereich Politik und Gesellschaft sind in Abstimmung mit dem Kultusministerium die Erstellung von Unterrichtsmaterialien zur Unterstützung von Lehrkräften und in Abstimmung mit dem Sozialministerium die Anerkennung der Gräber von Sinti und Roma, die der NS-Verfolgung ausgesetzt waren, als schützenswert. Zudem nimmt die Beratungsstelle des VDSR-BW für bleibeberechtigte Roma und die Durchführung von Dialog- und Kulturveranstaltungen großen Raum in der Arbeit des VDSR-BW ein. Im April 2015 wurde nach dem Vorbild des Mannheimer RomnoKher (RomnoKher – Ein Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung) in Berlin das Kultur- und Begegnungszentrum RomnoKher Berlin eröffnet. Besonders herauszustellen ist das Engagement des VDSR-BW beim Roundtable mit Vertretern der Republik Kosovo, gemeinsam mit dem damaligen Minister für Bundesrat, Europa und Internationales Peter Friedrich und Premierminister der Republik Kosovo Isa Mustafa und der Konferenz zur Vernetzung und Entwicklung von gemeinsamen Strategien zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Roma-Initiativen im Donauraum, in Ulm.

Erinnerung und Gedenken

Sinti und Roma wurden im Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen verfolgt. Große Teile der auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg lebenden Sinti und Roma wurden ermordet. Mit dem Arbeitsschwerpunkt Erinnerung und Gedenken zielt der VDSR-BW darauf ab, durch Aufarbeitung der Geschichte eine Wiederholung solcher oder ähnlicher Geschehnisse zu verhindern. Die gemeinsamen Bemühungen des Erinnerns des VDSR-BW und des Landes Baden-Württemberg werden durch vielfältige Gedenkveranstaltungen hervorgehoben. So fand beispielsweise am 27. Januar 2015 die zentrale Gedenkveranstaltung des Landtages Baden-Württemberg anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz statt. Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich Erinnerung und Gedenken waren Gespräche und Veranstaltungen mit Zeitzeugen, wie beispielsweise der Besuch des

VDSR-BW des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Europa in Berlin gemeinsam mit den Mannheimer Zeitzeugen Paul und Waltraud Dambrowski.

Strategien gegen Antiziganismus

Antiziganismus, d. h. Vorurteile gegenüber und die Ablehnung von Sinti und Roma, ist für Angehörige der Minderheit nicht nur ein abstrakter Begriff, sondern erfahrbare Realität. Auch in der heutigen Gesellschaft bestehen antiziganistische Vorurteile. Der VDSR-BW sieht einen Schwerpunkt seiner Arbeit darin, die Antiziganismusforschung als Disziplin zu etablieren, da Antiziganismus als eine der Hauptursachen für die oft schlechte soziale Stellung von Sinti und Roma gesehen wird. Im Februar 2015 führte der VDSR-BW eine dreitägige Fortbildung zu „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit“ durch, die sich schwerpunktmäßig an Lehrerinnen und Lehrer und Pädagoginnen und Pädagogen richtete. Im März 2015 präsentierte der Landesverband das Bildungsprojekt „Gestatten, Sinti und Roma – eine nationale Minderheit stellt sich vor“, welches der VDSR-BW mit Unterstützung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg initiierte. Der Aufbau einer unabhängigen Forschungsstelle für Antiziganismus stellt einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit dar. Dabei sollen die Arbeiten der Universität Heidelberg, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und der Hochschule Mannheim der Bundesagentur für Arbeit zusammen wirken.

Kultur und Geschichte

Die verschiedenen Gruppen der Sinti und Roma haben ihre gemeinsame geografische Herkunft im Nordwesten Indiens. Ab dem Beginn des 15. Jahrhunderts ist ihr Aufenthalt im deutschsprachigen Raum urkundlich belegt. Sinti und Roma haben sich laut VDSR-BW bis heute ihre eigene Sprache und Kultur bewahrt. Traditionen wie Sprache, Handwerk, Musik und Erzählkunst sollen weiterhin gepflegt werden. Daher sieht der VDSR-BW einen Schwerpunkt in der Kulturarbeit und hat unter anderem die RomnoKher Kulturwoche und Neueröffnung des RhomnoKher Berlin vom 7. bis 11. April 2015 organisiert. Neben zahlreichen Musikveranstaltungen überreichte Innenminister a. D. Reinhold Gall den Schnuckenack Reinhardt Kultur- und Ehrenpreis der Sinti und Roma an Herrn Dr. h. c. Manfred Lautenschläger für sein persönliches Engagement zur Verbesserung der bürgerrechtlichen Teilhabe von Sinti und Roma.

Bildung und Jugend

Die Minderheit der Sinti und Roma hat bis heute mit den Folgen gesellschaftlicher Ungleichbehandlung und deren Folgen in Bezug auf den Zugang zu Bildungseinrichtungen zu kämpfen. Gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg initiierte der VDSR-BW das Bildungsprojekt „Gestatten, Sinti und Roma – Eine nationale Minderheit in Baden-Württemberg“. Im Rahmen des Projekts werden Fortbildungen und Workshops für Lehrerinnen und Lehrer sowie Pädagoginnen und Pädagogen angeboten. Mit der Stadt Singen wurden Gespräche zu der beratenden Beteiligung des VDSR-BW an dem Modellkonzept ReFit geführt, welches sich mit der regionalen Förderung für Inklusion und Teilhabe beschäftigt. Im September kamen an elf Sitzungstagen Fachleute aus Sinti und Roma-Organisationen, Sachverständige des Bundes, der Länder, Kommunen, Stiftungen und der Wissenschaft auf der Konferenz „Gemeinsam für eine bessere Bildung. Empfehlungen zur gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Sinti und Roma in Deutschland“ zusammen. Der VDSR-BW beteiligte sich hier als Mitglied des Bundesweiten Arbeitskreises zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs von Sinti und Roma in Deutschland.

RomnoKher – Ein Haus für Bildung, Kultur und Antiziganismusforschung

RomnoKher in Mannheim ist ein Ort der Begegnung zwischen Minderheit und Mehrheit, das sich zum Ziel gesetzt hat, eine Brücke zwischen den Wissenschaften, der Zivilgesellschaft und Angehörigen der Minderheit zu schaffen und so zur gegenseitigen Verständigung beizutragen. Es organisiert u. a. Kulturveranstaltungen und Bildungsaktivitäten, leistet Öffentlichkeitsarbeit, führt Studien zur Bildungssituation von Sinti und Roma durch und erarbeitet eine nationale Strategie zur Integration der Sinti und Roma in Deutschland. Darüber hinaus hat sich RomnoKher beim Aufbau der Hildegard-Lagrenne-Stiftung engagiert, die einen Bildungsaufbruch bei Sinti und Roma erreichen will.

Beratungsstelle für Inklusion und Integration

Die Beratungsstelle setzt sich für die sozialen und bürgerrechtlichen Belange von deutschen und nichtdeutschen Roma ein. Sie bietet Beratung in bürgerrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Fragen sowie bei Diskriminierung, Hilfe bei Behördenangelegenheiten und Unterstützung bei Wohnungsangelegenheiten. Sowohl von anderen Beratungseinrichtungen als auch von den Klienten wurde die Beratungsstelle laut VDSR-BW sehr gut angenommen, 2015 gab es insgesamt 620 Beratungsanfragen.

3. Arbeit und Beschlüsse des Rates

Erhalt der Gräber von NS-verfolgten Sinti und Roma

Der Erhalt und die Pflege von Grabstätten von Sinti und Roma, die der NS-Verfolgung ausgesetzt waren, ist ein wichtiges Thema im Rat. Hierzu wird im Rat eine Handreichung „Sicherstellung von Erhalt und Pflege der Grabstätten von Sinti und Roma, die der NS-Verfolgung ausgesetzt waren“ erarbeitet. Mit dieser soll das Anliegen der Minderheit weiter unterstützt werden. In Gesprächen mit dem Städtetag wurde ein Eckpunktepapier vereinbart, in dem die betroffenen Gräber als schützenswert anerkannt wurden. Der Städtetag unterstützt das Anliegen, dass Städte und Gemeinden sich dafür einsetzen, entsprechende Grabstätten auf freiwilliger Basis auf Dauer zu erhalten. Einige Gemeinden übernehmen diese Kosten bereits jetzt. Das Ministerium für Soziales und Integration hat inzwischen die Förderung des Erhalts von Gräbern von vom Nationalsozialismus verfolgten Sinti und Roma vollumfänglich übernommen. Die Landesregierung wird sich dennoch weiterhin für eine bundeseinheitliche Regelung einsetzen. So hat sich der Ministerpräsident bei Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig für eine bundeseinheitliche Lösung ausgesprochen.

Verankerung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in den Bildungsplänen

Wichtiges Thema ist außerdem eine stärkere explizite wie implizite Verankerung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in den Bildungsplänen des Landes im Rahmen der Bildungsplanreform 2016.

Hierzu haben Gespräche des VDSR-BW mit dem Kultusministerium stattgefunden. In allen neuen Bildungsplänen finden sich vielfältige implizite Anknüpfungspunkte für eine unterrichtliche Befassung mit der Thematik Sinti und Roma, beispielsweise im Rahmen der Leitperspektive „Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“, die für alle Fächer vorgegeben ist. Daneben findet sich auch eine explizite Verankerung in den neuen Bildungsplänen, vor allem im Bildungsplan für die Gymnasien und im gemeinsamen Plan der Sekundarstufe I (Werkrealschule/Hauptschule, Realschule und die Gemeinschaftsschule) insbesondere in den Fächern Geschichte und Gemeinschaftskunde, aber auch im Fachplan Portugiesisch.

Der Landesverband wird eine Liste von Unterrichtsmaterialien zur Unterstützung von Lehrkräften erstellen, die über den „Infodienst Schule“ verteilt wird.

Errichtung einer unabhängigen Forschungsstelle zum Antiziganismus

Eine unabhängige Forschungsstelle für Antiziganismus ist Bestandteil des Staatsvertrages und Ziel des Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg. Sie soll an der Universität Heidelberg in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der Hochschule Mannheim sowie der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit eingerichtet werden.

Nach mehreren Gesprächen zwischen VDSR-BW und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde die Förderung der Forschungsstelle in Höhe von 167.000 Euro vereinbart. Die Universität Heidelberg stellt die Räume zur Verfügung. Durch Staatsminister Klaus-Peter Murawski wurde im Rat klargestellt, dass keine der im Staatsvertrag bewilligten Mittel für die Errichtung des Zentrums verwendet werden sollen.

Wohnsituation deutscher Roma

Nach Schätzungen des VDSR-BW leben rund 30 % der deutschen Sinti und Roma in einer prekären Wohnsituation. Im Rat wurde eine Projektidee diskutiert, mit der durch die Gründung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft die Förderung von Eigentum bei Sinti und Roma erreicht werden soll. Hierzu werden weitere Gespräche zwischen dem VDSR-BW und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau geführt. Das Ziel des Wohnungsbauprojektes ist es, Diskriminierungen am Wohnungsmarkt aufgrund der ethnischen Herkunft entgegenzuwirken. Dazu soll Wohnraum in der Mitte der Gesellschaft und eine Begleitung der neuen Mieter in die Hausgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Das Centrum für soziale Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg, die Lautenschläger-Stiftung, der VDSR-BW und die Hildegard-Lagrenne-Stiftung haben hierfür das Aktionsprogramm „Wohnen für Benachteiligte und Integration“ ins Leben gerufen. Derzeit werden noch die Finanzierungsmöglichkeiten ausgelotet. Es soll weitere Gespräche mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau geben, um das Projekt in die künftige Förderprogrammatisierung zu integrieren.

Situation ausländischer Roma in Baden-Württemberg

Neben Themen, die vornehmlich die deutschen Sinti und Roma betreffen, befasst sich der Rat auch mit der Situation ausländischer Roma in Baden-Württemberg. In Bezug auf die Anfang des Jahres zu beobachtende massive Abwanderung aus dem Kosovo, vor allem von Roma, wurden verschiedene Fragen diskutiert.

In diesem Kontext wurde auch über die wachsende Ablehnung von Zuwanderern diskutiert und die Tendenz, wie sich Flüchtlings- und Minderheitenthemen in der öffentlichen Wahrnehmung vermischen. Dabei stimmt der Rat überein, dass auf der einen Seite Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden müssen und die Bevölkerung in Bezug auf diese Vermischung der Themen aufgeklärt werden muss. Auf der anderen Seite müssen aber auch strukturelle Hilfe in den Heimatländern der Zuwanderer geleistet werden.

4. Nächste Ratssitzung

Ein Termin für die nächste Ratssitzung wird derzeit abgestimmt.